

BZ BERNER ZEITUNG



MAGAZIN

Wie amerikanisch essen wir eigentlich?

Burger, Cola, Chips – und fertig ist das Grillmenü. Ein Menü, das amerikanisch klingt, als es ist. Ein neues Buch erzählt die Geschichte der Lebensmittel und verrät unter anderem, dass Eistee in der Schweiz erfunden wurde. **SEITE 21**

AARBERG

Anzeige gegen Broncos Security

Eine Familie zeigt die Broncos an. Der Vorwurf: Die Sicherheitsleute hätten von ihrem Sohn einen Ausweis verlangt. Das sei Amtsanmaßung. Die Anzeige hat einen politischen Hintergrund. **SEITE 3**

LEICHTATHLETIK

Rekord für Kambundji

Mujinga Kambundji hat in Bellinzona ihre eigene nationale 100-Meter-Bestleistung auf 11,17 Sekunden verbessert. **SEITE 17**



A2 Bern, Nr. 168 | Preis: CHF 3.90 (inkl. 2,5% MwSt)

AUSGABE STADT + REGION BERN

www.bernerzeitung.ch

Heute 19°/30°
Der Mittwoch wird schwülheiss, schon am Morgen sind erste Gewitter möglich.
Morgen 18°/25°
Morgen bringt uns eine Kaltfront einen Temperaturrückgang. **SEITE 16**

BEHINDERTE

Bern klärt massiv teurer ab als Basel
Nicht mehr Institutionen, sondern Menschen mit Behinderung sollen künftig finanziell unterstützt werden. Wie deren Bedarf ist, klären die Kantone ab. Bern ist dabei besonders teuer: Während Basel pro Abklärung mit 380 Franken rechnet, sind es in Bern 900 Franken. **SEITE 2**

FECHTEN

Teamplayer im Einzelsport

Am Samstag ging für Fabian Kauter die Saison mit dem Gewinn der Bronzemedaille beim Teamwettkampf an der WM in Moskau erfolgreich zu Ende. In der Einzel-Welt-Rangliste rangiert der 29-jährige Berner aber so weit unten wie seit bald fünf Jahren nicht mehr. **SEITE 17**

USA

Donald Trump an der Spitze

Donald Trump führt überraschend das Feld der republikanischen Präsidentschaftskandidaten an. Der Milliardär macht mit seinen rüpelhaften Aussagen die Vorwahlen zum Zirkus. Inzwischen fürchten sogar seine Republikaner einen Imageschaden. **SEITE 15**

WAS SIE WO FINDEN

Börse.....	11
Unterhaltung.....	20
BZ-FORUM	25/27
Agenda.....	29
Kinos.....	30
TV/Radio.....	31

Anzeigen:

Todesanzeigen.....	6
Stellenmarkt.....	28

WIE SIE UNS ERREICHEN

Zentrale.....	031 330 31 11
Abo-Service.....	0844 844 466 (Lokaltarif)
Redaktion Bern.....	031 330 33 33
Redaktion E-Mail.....	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen.....	031 330 33 10
Leserbilder, SMS.....	4488

BZ BERNER ZEITUNG



9771422987002 3 003 0

Deutlicher Rückgang der Exporte

AUSSENHANDEL Die Schweizer Wirtschaft leidet unter dem starken Franken. Sieben der elf bedeutendsten Exportbranchen erlitten im ersten Halbjahr 2015 Einbussen. Darunter auch die Pharmaindustrie, die wichtigste aller Exportbranchen.

Schweizer Firmen haben in der ersten Jahreshälfte 2015 weniger exportiert als im Vorjahreszeitraum. Laut der Eidgenössischen Zollverwaltung nahmen die Exporte um 2,6 Prozent ab. Insgesamt exportierten die Unternehmen Waren im Wert von 100,1 Milliarden Franken, nach 102,7 Milliarden Franken im Vorjahreszeitraum.

Sieben Exportbranchen mussten Einbussen hinnehmen. Be-

sonders schmerzhaft: Die chemisch-pharmazeutische Industrie, mit einem Gesamtanteil von 41,3 Prozent die wichtigste Exportbranche, musste einen Rückgang von 4,3 Prozent hinnehmen. Die Exporte der Maschinen- und Elektronikindustrie als umsatzmässig zweitstärkste Branche nahmen mit 5,2 Prozent noch stärker ab.

Ein Grund für den Rückgang der Exporte waren tiefere Preise.

Real sanken die Ausfuhren nur um 0,8 Prozent. Nach der Aufgabe des Euromindestkurses am 15. Januar hatten sich Schweizer Produkte jedoch in Ländern der Eurozone auf einen Schlag verteuert. Um einen möglichen Nachfragerückgang zu vermeiden, reagierten viele Exporteure mit Preissenkungen.

Die Ausfuhren nach Europa, dem anteilmässig wichtigsten Absatzmarkt der Schweiz, nahmen im ersten Halbjahr 2015 um 6 Prozent ab. In Nordamerika und Asien zog die Nachfrage dagegen um 5 respektive 3 Prozent an. **bit** **SEITE 12 + 13**

HALBJAHRESZAHLEN SCHWEIZER AUSSENHANDEL



So viel Uran wie sonst nirgends in der Schweiz

RAPPERSWIL/SCHÜPFEN Am Oberlauf des Lyssbaches haben Behörden die höchsten je im Grundwasser gemessenen Uranwerte der Schweiz registriert. Vorerst stand eine Deponie im Verdacht. Abklärungen zeigen, dass keine direkte Gefahr droht.

Zwei Mikrogramm Uran im Grundwasser sind normal. Durchschnitt im Kanton Bern. Im Oberlauf des Lyssbaches zwischen Rapperswil und Schüpfen haben Experten des kantonalen Amtes für Wasser und Abfall

sehr viel höhere Werte des radioaktiven und toxischen Stoffes registriert: An mehreren Stellen zeigten die Messgeräte um die 50, an einer Stelle gar 400 Mikrogramm pro Liter Wasser an. Die ersten Messungen stammen aus

dem Jahr 2011. Nachmessungen im Jahr 2013 lieferten gleiche Resultate. In einem Bericht des Bundesamtes für Gesundheit steht, dass es sich schweizweit um die höchsten je im Grundwasser gemessenen Urankonzentrationen handle.

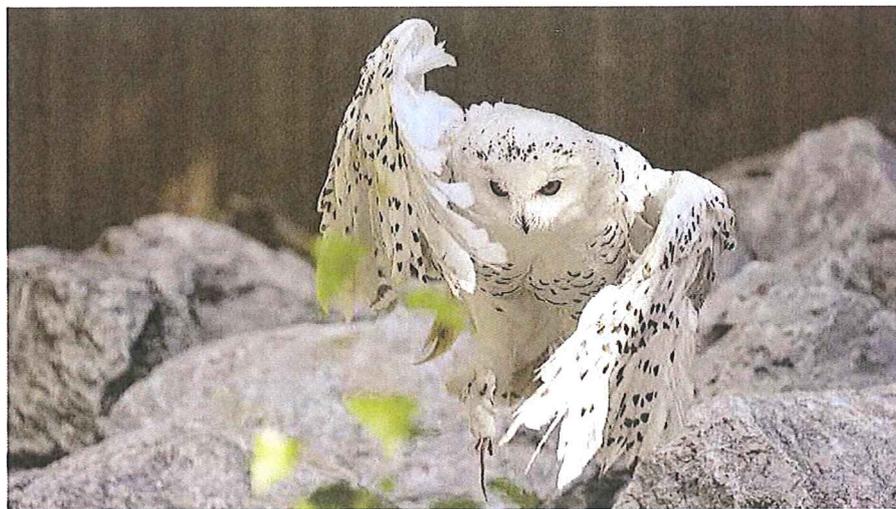
Weder der Kanton Bern noch die Bundesbehörde haben die Öffentlichkeit über die Befunde informiert. Beim kantonalen Amt

für Wasser und Abfall betont man, es bestehe keine Gefahr. Nach mehrjährigen Abklärungen geht die Behörde davon aus, dass die Ursache der hohen Uranwerte ein sehr ungewöhnliches Naturphänomen ist.

Lange hat die Behörde aber gemäss Recherchen dieser Zeitung befürchtet, dass das Uran aus der alten, längst zugeschütteten Deponie stammt, die nur rund hun-

dert Meter von den Messstellen entfernt liegt. Man könne heute mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschliessen, dass das Uran aus der Deponie komme, heisst es beim Kanton. Auch natürliches Uran ist in zu hoher Konzentration nicht harmlos. Das Bundesamt für Gesundheit prüft nun, ob Nutzpflanzen in der Umgebung den Stoff aufnehmen. **ma** **SEITE 2 + 3**

Schneeeulen dürfen bald fliegen



Zig/RANDO

DÄHLHÖLZLI Der Berner Tierpark baut für seine Schneeeulen (im Bild) und Uhus eine 3 Millionen Franken teure neue Anlage. Finanziert wird diese durch den Tierparkver-

ein, die Seelhofer-Stiftung und Sponsoren. Die alten Volieren wurden bereits abgerissen, an ihre Stelle kommt ein sechzig Meter langes und zehn Meter hohes Gehege, in dem nicht

nur die Vögel herumfliegen, sondern auch die Besucher spazieren gehen können. Eröffnet wird die neue Uhu- und Schneeeulenvoliere voraussichtlich Anfang 2016. **mm** **SEITE 5**

Raser darf bleiben

BUNDESGERICHT Der junge Grieche, der 2008 in Schönenwerd einen tödlichen Raserunfall verursacht hatte, darf in der Schweiz bleiben.

Der Mann nahm in einer Novembarnacht 2008 an einem Rennen durch Schönenwerd SO teil. Dabei kollidierte er mit einem abbiegenden Auto, eine 21-jährige Frau starb. Für diesen Raserunfall kassierte er eine sechsjährige Gefängnisstrafe. Deswegen hob das Migrationsamt des Kantons Solothurn seine Niederlassungsbewilligung auf. Er sollte das Land nach der Verbüßung der Freiheitsstrafe verlassen. So weit kommt es aber nicht. Der heute 25-jährige Grieche hat mit einer Beschwerde vor Bundesgericht recht erhalten. Der Widerruf der Niederlassungsbewilligung sei nicht verhältnismässig. Zwar sei der Mann in ausserordentlich schwerwiegendem Mass straffällig geworden. Eine Wiederholung erscheint dem Gericht aber als unwahrscheinlich. Damit seien die Anforderungen für die Ausweisung eines EU-Bürgers nicht erfüllt. **hus** **SEITE 13**

Eltern zeigen Broncos an

AARBERG Broncos kontrollieren eine Gruppe Schüler – daraus wird ein Fall für die Justiz. Eine Familie hat Anzeige eingereicht. Ihren Anwalt zahlt ein Polizistenverband, der politische Ziele verfolgt.

Peter Widmer schweigt, man kann sein Kopfschütteln förmlich durch das Telefon hören. «Es ist gar nichts passiert», sagt der Geschäftsleiter von Broncos Security dann. «Und jetzt wird ein Riesentheater daraus gemacht.» Eine Familie aus Aarberg hat eine Strafanzeige gegen die Broncos eingereicht. Antragsnummer lautet der Vorwurf. Es geht um einen Vorfall Mitte Juni: Aarberger Neuntklässler sassen am Abend an der Aare, als Broncos auftauchten. Sie sorgen im Auftrag der Gemeinde für Ordnung. Die Eltern werfen den Broncos vor, sie hätten von ihrem Sohn einen Ausweis verlangt und diesen fotografiert (wir berichteten).

Hilfe erhalten sie vom Verband Schweizerischer Polizeibeamter Bern-Gemeinden, also dem Vertreter der kommunalen Polizeiinspektorate. «Wir unterstützen die Anzeige und tragen die Anwaltskosten», bestätigt Präsidentin und Ostermündiger SVP-Gemeinderätin Alike Panayides. Der Verband zielt auf ein Präjudiz ab. Denn der Vorfall in Aarberg spielt in einem rechtlichen Graubereich. Klar ist, dass nur Polizisten Personenkontrollen durchführen dürfen – private Sicherheitsleute haben im öffentlichen Raum nicht mehr Rechte als jeder andere Bürger. Das sehen auch die Broncos so. «Wir haben den Ausweis aber nicht verlangt, wir haben nur danach gefragt», sagt Peter Widmer. «Jeder Bürger darf nach einer ID fragen. Der Jugendliche hat ihn freiwillig gezeigt.» Ob dies zulässig ist, ist unklar. Kritiker sagen, dass private Sicherheitsleute mit ihrem Auftritt einen Zwang vorgaukeln.

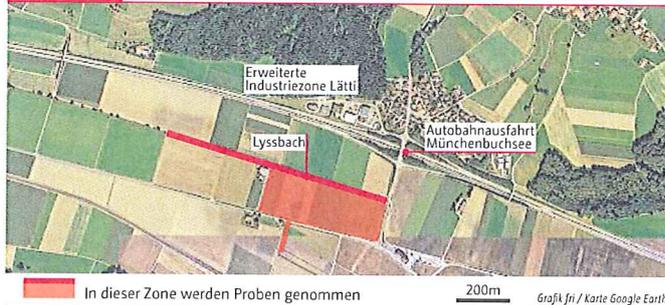
«Was passiert mit dem Foto?»

Der Verband verfolgt aber auch politische Ziele. Der Kanton arbeitet an einer Revision des Polizeigesetzes. Die Gemeinden fordern mehr Kompetenzen – unter anderem wollen sie Ausweise kontrollieren dürfen. «Wir sehen heute, dass die Kantonspolizei aus finanziellen Gründen weniger Aufgaben übernimmt, als ursprünglich die Idee war», sagt Panayides. Die Gemeinden beauftragen private Sicherheitsfirmen, statt dass ihre Polizeiinspektorate die Aufgaben wahrnehmen. Das erscheint günstiger. Diverse Verbände warnen jedoch: «Die Gemeinden verlieren damit die Kontrolle», sagt Alike Panayides. Als Beispiel nennt sie einen Vorfall in Thun, wo Protectas Mitarbeiter patrouillieren liess, die vorbestraft waren. Und auch der Datenschutz sei nicht gegeben. «Was passiert mit dem Foto des Ausweises?», fragt Panayides. «Wenn solche Daten in die falschen Hände geraten, kann das verheerend sein.»

Peter Widmer kann die Aufregung nicht verstehen. «Schon am Abend nach der Patrouille wurde das Bild automatisch gelöscht», sagt er. Denn passiert ist an jenem Juniabend gar nichts: Die Jugendlichen hinterliessen den Platz sauber. «Es geht uns darum, dass einer aus der Gruppe die Verantwortung übernimmt», erklärt Widmer. «Das funktioniert wunderbar, und die Jugendlichen begreifen dies auch.» Den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sieht er gelassen entgegen.

Dominik Galliker

DIE SITUATION



In dieser Zone werden Proben genommen

200m Grafik: Jn / Karte Google Earth

PHÄNOMEN

Urananomalie

Es gibt verschiedene Hypothesen, wie Uran auf natürlichem Weg in den Lyssbach gekommen sein könnte. Möglich ist gemäss dem kantonalen Amt für Wasser und Abfall, dass vor Urzeiten Uranerze vom Rohneglettscher als Findlinge den Weg zum Lyssbach gefunden haben.

Der Grund, warum sich das Uran dann im Wasser so stark anreicherte, dürfte der ausserordentlich torffreie Boden beim Lyssbach sein. Er könnte chemische Reaktionen ausgelöst haben, die dazu führten, dass sich besonders viel Uran aus dem Gestein im Wasser auflöste. ma

MASSNAHMEN

Der Bund ordnet Massnahmen an

Bei der Autobahnausfahrt Münchenbuchsee gibt es die Industriezone Lätti. Im Winter hat die Gemeindeversammlung von Rapperswil zu deren Erweiterung Ja gesagt.

Sollten hier in nächster Zeit Industrie- und Gewerbegebäude entstehen, müssen dafür möglicherweise Leitungen durch das kritische Gebiet verlegt werden, wie Jacques Ganguin vom kantonalen Amt für Wasser und Abfall sagt.

Wird zu diesem Zweck Material ausgehoben, muss dessen allfällige Strahlung vorsorglich gemessen werden.

Für die Entsorgung von überschüssigem uranhaltigem Aushubmaterial gelten die Vorgaben des Bundesamts für Gesundheit.

Ins Altlastenkataster wird das Gebiet trotzdem nicht eingetragen – weil das gar nicht möglich ist: Denn gemäss Altlastenverordnung sind belastete Standorte Orte, deren Belastung von Abfällen stammt.

Der Boden mit erhöhten Urangehalten gilt per Definition nicht als belasteter Standort, da seine «Belastung» natürlichen Ursprungs ist. Er wird so nicht im Kataster der belasteten Standorte aufgeführt. ma



Abklärungen der Behörde ist sie aber höchstwahrscheinlich nicht die Ursache. sut

fest, dass das Uran beim Lyssbach möglicherweise von einer alten Deponie im Gebiet stammt.

Kein Problem?

Die Deponiethese sorgte nun erneut für Aufsehen im Amt. Das Rätselhaftere: Uran wurde industriell nur für Waffen und Atomreaktoren verwendet. In früheren Jahrhunderten, als seine Giftigkeit noch nicht bekannt war, wurde das Schwermetall auch als Farbpigment eingesetzt. Woher könnte also das Uran im Lyssbach kommen? Die Behörde ordnete neue Abklärungen an.

Diesmal setzte das Amt nicht auf chemische, sondern auf physikalische Analysen: Es setzte einen Strahlensensor ein, um die Ausbreitung des Urans in der Umgebung des Baches genauer zu lokalisieren. «Ich hoffe, dass wir nach der Strahlungsmessung mehr über die Ausdehnung des Phänomens wissen», sagt Ganguin vom AWA. Die Untersuchungen sollen demnächst abgeschlossen sein.

Eines will Ganguin vorweg betont haben: Man könne mittlerweile mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschliessen, dass das Uran von

einer Deponie stamme. Es gebe zwar eine Deponie in der Umgebung. Man habe diese nicht geöffnet. Doch mehrere Umstände sprächen eindeutig dagegen, dass das Uran von dort komme. Man gehe jetzt davon aus, dass beim Lyssbach eine sehr spezielle, aber natürliche Häufung von Uran vorliege, eine sogenannte Urananomalie (siehe Kasten).

Gelangt Uran in die Nahrung?

Zumindest eine indirekte Gefahr für die Gesundheit kann die Behörde beim Lyssbach allerdings bis heute nicht ausschliessen:

Das Land entlang des Lyssbaches wird landwirtschaftlich genutzt. Möglicherweise nehmen die Nutzpflanzen in der Umgebung das Uran auf. Denn die Böden weisen wegen des Grundwassers auch erhöhte Uranwerte auf.

Die Uranaufnahme durch Pflanzen ist wissenschaftlich allgemein schlecht erforscht. Verkomplizierend ist, dass wohl nicht jede Pflanzengattung das giftige Schwermetall, wenn überhaupt, in gleichem Masse aufnimmt.

Für die Einhaltung der Grenzwerte radioaktiver Strahlung bei

Lebensmitteln ist das Bundesamt für Gesundheit zuständig. Es ist nun ebenfalls aktiv geworden: Erste Messungen an Pflanzen wurden bereits durchgeführt: «Wir haben beim Lyssbach Rüben aus einem Boden mit hohem Urangehalt untersucht», sagt Philipp Steinmann von der Sektion Umweltradioaktivität beim BAG. Der Grenzwert sei bei den Rüben eingehalten.

Das BAG wird nun aber bei weiteren Nutzpflanzen aus dem Umfeld des Lyssbaches Uransmessungen durchführen.

Mischa Aebi

Lärmschutzwände stellen eine Hürde dar

MÜNSINGEN Lärmschutzwände dämpfen die Zahl der Suizide zwar. Dennoch kam auf dem SBB-Gleis nahe des Psychiatriezentrums gerade wieder jemand ums Leben.

Einmal mehr ist es vor ein paar Tagen passiert. Auf der SBB-Linie von Bern nach Thun ging am Sonntagabend gar nichts mehr. In den Bahnhöfen erfuhren die Passagiere, dass die Strecke nach einem Personennunfall zwischen Rubigen und Münsingen unterbrochen sei. Doch als die Ersatzbusse später an der Unfallstelle vorbeifuhren, schauten etliche verdutzt auf: Wie konnte es an dieser Stelle überhaupt zu einem Unfall kommen?

Polizei und Rettungskräfte waren nahe beim Psychiatriezentrum Münsingen auf freier Strecke an der Arbeit, an einem Ort, an dem Passanten nicht einfach so hinkommen. Offenbar hatte

sich hier jemand absichtlich vor den Zug gestellt, doch gleich stellte sich die zweite Frage: Wie das geht, wo doch die Strecke just zur Klinik hin mit Lärmschutzwänden versehen und damit höchstens über einen grossen Umweg zu erreichen ist?

Züge waren zu laut

Zum Unfallhergang äusserte sich gestern niemand. Zu gross ist die Sorge darüber, eine Debatte über Suizide vom Zaun zu reissen und Nachahmer auf den Plan zu rufen. Das Psychiatriezentrum äusserte sich nur zu den Lärmschutzwänden an sich: Sie hätten sich positiv ausgewirkt, erklärte Ingo Butzke als leitender Arzt. «Seit sie stehen, gibt es am Bahntrasse viel weniger Suizide.»

Konkrete Angaben hatte Butzke keine zur Hand. Die entsprechende Statistik werde erst ausgewertet, sagte er. Die Erfahrung zeige aber, dass sich jede zusätzli-

che Hürde dämpfend auf die Zahl der Fälle auswirke. Dies beobachtet man auch bei Brücken, die mit Fangnetzen gesichert seien.

Aufgebaut worden sind die Lärmschutzwände vor zwei Jahren auf Betreiben der Klinik. Al-

lerdings argumentierte sie laut Gemeindepräsident Beat Moser (Grüne) mit dem Lärm. Sie wies darauf hin, dass sie als Spitalbetrieb tiefere Lärmgrenzwerte für sich in Anspruch nehmen kann. Abklärungen ergaben, dass die

Züge auch über das zwischen Klinik und Bahntrasse gelegene Feld hinweg tatsächlich noch zu laut sind. Dass die Wände dazu die Suizide erschweren, erscheint so nur als willkommener Nebeneffekt. Stephan Künzi



Vorn der Lärmschutz, hinten die Klinik: Dank der Wände kommt es zu weniger Suiziden.

Andreas Blatter